

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juli 2012



Kinder, Kinder: Kita oder Betreuungsgeld?

Wohl dem Gemeinwesen, in dem in den Kategorien der Finanzen und der Emotionen darüber gestritten werden darf, ob die Eltern eines Kleinkindes zwischen Kita-Platz und Betreuungsgeld wählen dürfen.

Beim Für und Wider geht es nicht nur um die Fälle, in denen einem Kind kein Betreuungsplatz angeboten werden kann. Es geht um die Wahlfreiheit als Merkmal einer bürgerlich verfassten und sich bürgerlich fühlenden Gesellschaft. Insofern reicht der Streit um Kitas und Betreuungsgeld über die Frage nach Form und Finanzierung der Kinderbetreuung hinaus.

Befürworter eines Betreuungsgeldes vertreten die Auffassung, es sei verfassungsrechtlich mehr als fragwürdig, die Erziehung von Kleinkindern durch eine öffentliche Einrichtung – hier also: in einer Kindertagesstätte – zu so etwas wie einer Staatsaufgabe zu erheben und daher aus öffentlichen Mitteln zu subventionieren. Wenn das denn – so wird gesagt – überhaupt zulässig sei, dann nur unter der Bedingung, dass auch diejenigen Eltern unterstützt werden, die ohne Inanspruchnahme einer öffentlichen, nicht auf Kostendeckung durch die Nutzer angewiesenen Einrichtung – also einer Kita – ihre Kinder erziehen wollen.

Damit wendet die Politik den ihr wohl ohnehin noch nicht ganz so vertrauten Blick in die Kitas von den Kindern zu den Bürgern im wahlberechtigenden Alter: von der Idee einer bestmöglichen Kindererziehung hin zur Praxis eines gedachten und erhofften Nutzens des Betreuungsgeldes. Und hier stellt sich dann die Frage: Zum Nutzen für wen – für die Kinder, für die Eltern, für die Politiker? Die Antwort sollte nicht schwerfallen. Da sich die Alternative „Kita“ als gut erwiesen hat, sollte die Gesellschaft – vertreten durch ihren Staat – mehr davon anbieten und unter dem harten Zwang des Sparens keine Steuermittel für das Alternativangebot „Betreuungsgeld“ binden.

Hans D. Barbier

Darf's ein bisschen mehr sein?

Ende Juni stimmten Bundestag und Bundesrat der Einrichtung des nächsten europäischen Rettungsschirms zu, der diesmal den schönen Namen „Europäischer Stabilitätsmechanismus“, kurz: ESM (Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9045), trägt. Wieder einmal wird suggeriert, dass der Euro und Europa gerettet sind.

Das Stammkapital des ESM beträgt 700 Milliarden Euro. Davon muss die Bundesrepublik für 190 Milliarden Euro einstehen: 22 Milliarden werden als Bareinlage fällig, für weitere 168 Milliarden Euro übernimmt Deutschland Garantien. Zum Vergleich: 190 Milliarden Euro entsprechen dem Umsatzsteuer-Aufkommen Deutschlands für ein Jahr.

Bewusst oder unbewusst ausgeblendet werden Lasten aus dem alten Rettungsschirm „EFSF“ (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und der ersten Griechenland-Hilfe. Der Haftungsanteil Deutschlands für bereits gezahlte oder zugesagte Darlehen des EFSF an Irland, Portugal und Griechenland betragen knapp 83 Milliarden Euro. Mit Spanien und Zypern sind weitere Aspiranten für Rettungsschirm-Mittel aufgetaucht. Die beiden letztgenannten außen vor gelassen, steht die Bundesrepublik bereits mit einer Summe von 273 Milliarden Euro ein.

Das war's dann aber, oder? Leider nicht. Ein Blick in den ESM-Vertrag (Artikel 25 Absatz 2) zeigt: „Zahlt ein ESM-Mitglied nicht, so müssen die anderen ESM-Mitglieder diese Zahlungen anteilig übernehmen.“ Wäre beispielsweise Griechenland zahlungsunfähig, hätten die übrigen Staaten der Eurozone ihren Anteil zu erhöhen, ebenso, wenn weitere Zahler ausfallen sollten. Theoretisch hätte dann der letzte zahlungsfähige Staat des Euro-raums für das gesamte Stammkapital des ESM zu haften.

Zur Beruhigung wird angeführt, die Darlehenssumme für den ESM sei auf 500 Milliarden Euro gedeckelt. Die maximale Darlehenssumme kann aber jederzeit – ebenso wie das Stammkapital – vom Gouverneursrat des ESM geändert werden. Stimmen, die einen noch größeren Rettungsschirm fordern, sind bereits zu hören.

In der sogenannten Nicht-beistandsklausel, Artikel 104b des Maastricht-Vertrags – inzwischen Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 125 (kurz: AEUV) –, heißt es im Übrigen: „Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats

und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein.“

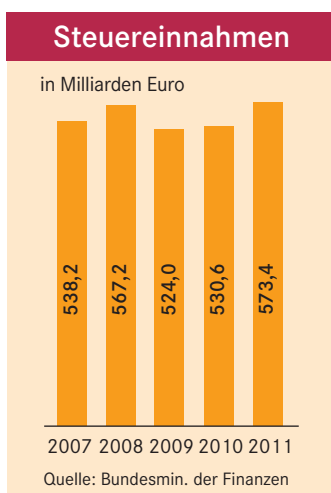
Vermutlich ist es mit Verträgen und Gesetzen auf europäischer Ebene inzwischen wie mit Namen in Goethes „Faust“: Schall und Rauch...

Steuerplus

573 Milliarden Euro haben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2011 an Steuern eingenommen. Im Jahr davor lagen die Steuereinnahmen bei knapp 531 Milliarden Euro.

Den größten Ertrag bringt mit 190 Milliarden Euro – rund ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen – die Umsatzsteuer, geläufiger wohl als „Mehrwertsteuer“ bekannt. An zweiter Stelle kommt mit 140 Milliarden Euro – einem knappen Viertel des Steueraufkommens – die Lohnsteuer. Nimmt man noch Versicherungs-, Tabak-, Kaffee-, Branntwein-, Alkopop-, Schaumwein-, Kfz-, Lotterie sowie Energie- und Stromsteuern hinzu, wird deutlich: Drei Viertel der gesamten Steuereinnahmen ergeben sich durch Arbeitseinkommen und Konsum.

<http://goo.gl/FMS8j>



Krisenmanagement

Die europäische Krise dominiert seit geraumer Zeit die wirtschaftspolitische Diskussion. Schuldenschnitte, Rettungsschirme, Euro-Bonds, Fiskalpakt, und schon wieder ein EU-Krisengipfel – beinahe täglich wird diskutiert, was nun umgehend getan oder gelassen werden müsse. Zugleich wird gewarnt: Jenes Tun oder dieses Unterlassen werde die Krise weiter verschärfen.

Jeder Vorschlag zur „Rettung Europas“, der – gefühlt im Wochenrhythmus – seit drei Jahren das Licht der Öffentlichkeit erblickt, findet umgehend Befürworter und Gegner. Ein eindeutiger Kurs zur Krisenbewältigung existiert nicht. Vorschläge, die zunächst als „geht gar nicht“ oder „Nicht mit dieser Bundesregierung!“ abgetan wurden, werden nach einiger Zeit dann doch akzeptiert und das Umschwenken zum alternativen Handeln erklärt.

Die Krisenpolitik steckt in der Krise

Angesichts ausbleibender Besserung wächst der Wunsch nach Änderungen der bisherigen Krisenpolitik. Nun wird niemand behaupten, es habe keine Krisenpolitik gegeben. Viele werden darauf verweisen, dass die drastisch gestiegene Staatsverschuldung und die Verschärfung der Wirtschaftskrise – insbesondere in den überschuldeten Staaten wie Griechenland – Folge dieser Krisenpolitik seien. Nüchtern betrachtet hat die Krisenpolitik aber bislang kaum anderes erreicht, als Unsicherheiten zu vergrößern. Sie hat – finanziell aufwendig – das gestützt und zu erhalten versucht, was offensichtlich Instabilitäten in Wirtschaft und Gesellschaft produziert.

Warum das so sein könnte, verrät ein Blick auf die Ratgeber der Politik. Was hat die bisherige Entwicklung über den Stellenwert ökonomischer Theorien und Modelle, letztlich auch über den Rat führender Ökonomen, gleich welcher Denkrichtung, offenbart? Ihre Erklärungen haben sich, vorsichtig ausgedrückt, als mangelhaft erwiesen.

War es leichtsinnig, vor Ausbruch der Weltfinanzkrise im Jahr 2008 auf herrschende Lehren zu vertrauen? Bis zum Beinahe-Zusammenbruch der Weltwirtschaft nach der Lehman-Pleite hätte es der Mainstream-Ökonomie zufolge eine derartige Krise gar nicht geben dürfen. Müsste diese Erkenntnis bei der Lösungssuche für die drängenden Probleme im Euroraum nicht Warnung genug sein? Trotzdem dominiert das vor Jahr und Tag als zumindest unzureichend Erkannte die Debatte über Krisenmaßnahmen.

„Mehr Geld zur Rettung Europas“ fordern die einen; als stünden nicht bereits Billionen Euro durch Rettungspakete und Rettungsschirme zur Disposition. „Kürzen bei allem, was gekürzt werden kann“, fordern die anderen; als wäre bei den Bürgern insbesondere der überschuldeten Staaten noch Polster vorhanden, die abgetragen wer-

den könnten. Mal hebt die eine Seite die strahlend hellen Aspekte ihrer Vorschläge hervor, während die andere auf die Schatten verweist, und umgekehrt; und jede Seite hat recht. Wenn aber die Diskussion anstatt in der Suche nach besseren Lösungen im Kampf um Positionen feststeckt, dann steht fest: Auf diese Weise wird sich nichts bessern.

Aus der Geschichte lernen?

Möglicherweise könnte die Rückbesinnung auf die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland einen Erkenntnisgewinn bewirken. Vor knapp siebzig Jahren gab es eine noch viel dramatischere Krise in Deutschland, in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg: Zerstörte Städte und Fabriken, eine zerrüttete Währung, immense Staatsschulden, Schwarzmärkte, Tauschwirtschaft, staatliche Zuteilung, Arbeitslosigkeit und so weiter – in den Geschichtsbüchern lässt sich das ausführlich und anschaulich nachlesen.

Auch damals wurde selbstverständlich nach rasch wirkenden Lösungen gesucht. Eine davon präsentierte ein Mann namens Ludwig Erhard, und sein Vorschlag war überzeugend genug, dass man ihm die Möglichkeit zur



„Die Wirtschaft ist eben nicht nur von ihren Ergebnissen, sondern vor allem von ihrer ordnungspolitischen Gestaltung her für die politische Wirklichkeit von wesentlicher Bedeutung. Politische wie wirtschaftliche Ordnung sind ebenso wie die individuelle menschliche Freiheit unteilbar.“

Ludwig Erhard

Um- und Durchsetzung gab. Fraglos wollte auch Erhard wirtschaftliche und soziale Verbesserungen herbeiführen, schnellstmöglich und umfassend. Doch im Gegensatz zu anderen Lösungsvorschlägen beruhte die Zielsetzung seiner Politik nicht auf diversen Wünschen Einzelner oder Forderungen von Interessengruppen; sie gründete sich auch nicht auf Ad-hoc-Entscheidungen, die in wissenschaftlichen Studien und Gutachten empfohlen wurden. Seine Ausgangsfrage: Welche Grundlagen und Voraussetzungen sind unverzichtbar für eine freiheitliche, menschenwürdige Existenz, die dauerhaft gesichert sein soll?

Soziale Marktwirtschaft – seit Jahren suspendiert

Erhards Wirtschaftspolitik brachte in der Folgezeit „Wohlstand für alle“, indem darauf geachtet wurde, dass in der Wirtschaft jeder eine Chance erhält, dass niemand vom Wirtschaftsgeschehen ausgeschlossen wird, dass Märkte offen und durchlässig sind und Vollbeschäftigung herrscht. Keine Aktivität sollte durch Macht oder Privilegien behindert werden. Die Wirtschaftsordnung sollte so eingerichtet sein, dass ökonomische oder staatliche Machtansammlung ausgeschlossen wurde. Jeder sollte aus eigener Initiative, die er zu überschauen vermochte, seine Existenz sichern können. Erhard war überzeugt: Nur wenn jeder leisten kann, was er leisten möchte, gibt es dauerhaft soziale Sicherheit. Deshalb sah er es als Aufgabe sei-

ner Sozialen Marktwirtschaft an, dass alle auf stabile, langfristig berechenbare Umstände vertrauen können. Das Ergebnis dieser Politik lässt sich ebenfalls in den Geschichtsbüchern nachlesen.

Experimentelle Wirtschaftspolitik

Im Alltag ist das Erhard'sche Verständnis von Wirtschaftspolitik längst verschwunden. Seine Politik wurde nach seinem Rücktritt im Dezember 1966 suspendiert und durch andere Orientierungen ersetzt, die prinzipiell bis in die Gegenwart gelten. Erhard hat seine Politik mit Blick auf die Verbraucher betrieben. Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität waren ihm wichtig. Wirtschaftswachstum galt ihm dagegen lediglich als statistisches Ergebnis der unzähligen Anstrengungen, die jeder Einzelne auf sich nimmt, oder auch nicht. Schließlich gehe es um Freiheit; Soziale Marktwirtschaft war in seinen Augen keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Seit seinem Rücktritt gilt anderes: Wirtschaftspolitik ist vorrangig Politik im Dienst der Wirtschaft. Daher ist es weitaus wichtiger, Produktionskapazitäten verlässlich auszulasten als kleinliche Verbraucherwünsche zu bedienen. Folgerichtig rücken damit vor allem große Unternehmen aus allen Branchen in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Entscheidungen.

Ende der 1960er Jahre wurde zunächst versucht, die Wirtschaft von der Nachfrageseite her zu steuern, um sie auf das erwünschte „stetige

und angemessene Wirtschaftswachstum“ zu bringen. Die auf den ersten Blick einleuchtende Empfehlung aus der Wissenschaft: Wenn sich die Verbraucher beim Geldausgeben zurückhalten, muss der Staat in die Bresche springen und entsprechend mehr ausgeben. Die Unternehmen könnten dann ihre Kapazitäten besser auslasten. Mehr Arbeitnehmer würden benötigt. Mehr Menschen in Lohn und Brot wären in der Lage, mehr zu kaufen. Das steigere dann schließlich die Nachfrage.

Für diese wundersame Lösung könne der Staat ruhig mehr ausgeben als einnehmen und sich verschulden. Das Ergebnis dieser Therapie in Kürze: Steigende Preise, wachsende Staatsschulden, höhere Arbeitslosigkeit.

Schema F: Der Staat macht's

In den 1980er Jahren wurde dann versucht, die Wirtschaft von der Angebotsseite her zu steuern: Die Investitionsbedingungen für Unternehmen sollten verbessert werden, denn die Höhe der Investitionen sei entscheidend für das Wachstum der Wirtschaft. Ergo habe die Wirtschaftspolitik vorrangig auf ein günstiges Investitionsklima zu achten. Die empfohlenen Rezepte: Steuersenkung für Unternehmen und diverse Förderprogramme, etwa Forschungsförderung, Bildungsoffensiven, Existenzgründerprogramme. Und immer wussten die Beteiligten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft genau, an welcher Stelle anzusetzen sei, damit die richtigen

Impulse für Wachstum und Beschäftigung ausgelöst würden. Als man in den 1990er Jahren allmählich erkennen musste, dass auch diesmal ein „Wirtschaftswunder“ ausblieb, setzten die nachfolgenden Bundesregierungen – je nach Lage der Dinge – mal mehr auf die eine, mal mehr auf die andere staatliche Intervention.

Von einer durchgreifenden Besserung ist indes wenig zu spüren. Wer im sechsten Jahr der Finanzkrise – und doch eher bescheidenen Erfolgen bei der Krisenbewältigung – ernsthaft reklamiert, die propagierte Wirtschaftspolitik sei prinzipiell richtig, der ignoriert, dass eben diese Politik Wirtschaft und Gesellschaft an den Rand des Abgrunds geführt hat.

Zugegeben, kein Wirtschaftssystem ist eine für alle Zeiten ideale Ordnung. Auch die Marktwirtschaft ist nicht fehlerfrei. Sie benötigt Anstrengungen zur Fortentwicklung, zur Anpassung an neue Situationen und Herausforderungen, und an Herausforderungen fehlt es zurzeit sicher nicht. Das Schielen auf tatsächliche oder vermutete Ansichten „einer breiten Mehrheit“ oder vermeintlich berechnete Interessen, die Ausrichtung an Dogmen oder Lehrsätzen, die für alternativlos gehalten werden, all das ist dabei wenig zielführend. Nur in kritischer Distanz zur Wirtschaftswirklichkeit kann erkannt werden, wo, warum und wie die Marktwirtschaft fortentwickelt werden muss: sei es nun für Deutschland, sei es für Europa.

Andreas Schirmer



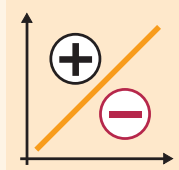
„Auf dem deutschen Arbeitsmarkt gibt es im Juni Anzeichen einer schwächeren Entwicklung. So ist die Zahl der arbeitslosen Menschen weniger stark gesunken als im Juni üblich.“

Frank Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit

IM KLARTEXT

Juli 2012

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Juli 2012

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juni offiziell um 46 000 auf rund 2,8 Millionen gesunken. Das waren 84 000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) mitgeteilt hat. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, sieht die „sehr dynamische Entwicklung des Vorjahres“ spürbar abgeschwächt. Vor allem die Risiken im Euroraum würden den deutschen Arbeitsmarkt beeinflussen. Trotzdem würden die Daten keinen Hinweis auf eine Trendwende geben.

Allerdings wird der Vorjahresabstand von Monat zu Monat geringer. In drei Bundesländern – Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland – lag die Arbeitslosigkeit

im Juni sogar über dem Vorjahresniveau.

Eigenverantwortung



Seit Einführung am 1. Juli 2011 haben sich laut Bundesregierung 42 241 Frauen und Männer für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) verpflichtet (Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9548). Knapp die Hälfte der Freiwilligen haben sich für zwölf Monate, 16 Prozent sogar für mehr als zwölf Monate verpflichtet.

Zusammen mit den Jugendfreiwilligendiensten (JFD) der Bundesländer engagieren sich derzeit mehr als 85 000 Menschen in einem gesetzlich geregelten Freiwilligendienst. Für die Bundesregierung ist die angestrebte Zielmarke von 70 000 Freiwilligen „erreicht und übertroffen“. Die Befürchtungen, der BFD könne zur Konkurrenz für bestehende Freiwilligendienste werden, habe sich nicht bewahrheitet. Ob neben der Neigung zu freiwilligem Engagement auch fehlende Ausbildungs-, Arbeits- oder Studienplätze Ursache dafür

Bundesfreiwilligendienst

Altersgruppe	Frauen	Männer
Jünger als 27	12 493	15 781
27 bis 60	6 478	5 151
älter als 60	1 038	1 300
gesamt	20 009	22 232

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9548

sein, kann die Bundesregierung nicht abschätzen.

Die Zahl der nicht gesetzlich geregelten ehrenamtlichen Arbeit in Organisationen aller Art oder in Eigenregie wird auf bis zu 23 Millionen Menschen geschätzt.

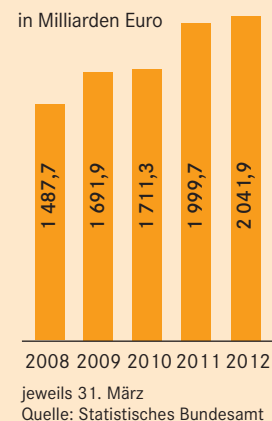
Geldwertstabilität



Auf europäischer Ebene drängt die Bundesregierung auf Sparprogramme. Zu Hause machen die Finanzminister in Bund und Ländern sowie die Kämmerer der Städte und Gemeinden trotz sprudelnder Steuereinnahmen weiter Schulden. In den ersten drei Monaten des Jahres sind die Staatsschulden auf den neuen Rekordwert von 2 042 Milliarden Euro gestiegen – das waren rund 42 Milliarden Euro mehr als im Vorjahresquartal.

Den höchsten Anteil an der Gesamtverschuldung hat der Bund mit Schulden von 1 286 Milliarden Euro – ein Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Länder steigerten ihre Schulden um vier Prozent auf rund 623 Milliarden Euro. Städte und Gemeinden machten knapp fünf Prozent mehr Schulden und stehen mit 133 Milliarden Euro im Minus. Die Schulden von Renten- und anderen gesetzlichen Sozialversicherungen sind in den Zahlen, die das Statistische Bundesamt Ende Juni veröffentlicht hat, nicht berücksichtigt.

Staatsverschuldung



Ludwig-Erhard-Stiftung

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: Bundesagentur für Arbeit
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de